

# Danziger Zeitung.

No 8269.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Postämtern, Buchhandlungen und Zeitungsverkäufern angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 S. Auswärts 1 R 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 R., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reimer und K. Hoffmann; in Leipzig: C. F. W. Sauer; in Hamburg: H. B. Meyer; in Frankfurt a. M.: C. E. D. Döhring; in Hannover: C. F. W. Sauer; in Köln: C. F. W. Sauer; in München: C. F. W. Sauer; in Paris: C. F. W. Sauer; in St. Petersburg: C. F. W. Sauer; in Wien: C. F. W. Sauer; in Zürich: C. F. W. Sauer.

1873.

## Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angest. men 17. Dezember, 8 Uhr Abends.  
Berlin, 17. Dezbr. Das Herrenhaus genehmigte den Gesetzentwurf über die Vereinigung des Oberappellationsgerichts mit dem Obertribunal nach der Regierungsvorlage. — Ein von Graf zur Lippe eingebrachter Gesetzentwurf betreffs Erledigung der aus der vorigen Landtagsession in die neue Session herübergenommenen Vorlagen wird nach Ablehnung des Commissionsantrages zurückgezogen. — Zum Mitglied der Staatsgüldencommission wurde durch Acclamation Sulzer gewählt. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Zeitungsteuer wurde in Vorberatung abgelehnt. Nächste Sitzung morgen.

## Herrenhaus.

3. Sitzung am 16. Dezember.  
Das Haus beschließt zunächst über die geschäftliche Behandlung einer Anzahl eingegangener Gesetze. Der Entwurf wegen der Aufhebung des Kalender- und Zeitungsstempels wird trotz des Widerspruchs des Herrn v. Sennff-Bilsch zur Vorberatung im Plenum gestellt. Bei der Debatte bemerkt der Finanzminister: Es handelt sich hier nicht um einen Gegensatz der Liberalen und conservativen Parteien, alle Parteien waren zur Ueberraschung der Staatsregierung im Einklang. Der Standpunkt der Staatsregierung ist einfach. Sie hat im Bundesrath einen Gesetzentwurf über die Presse eingebracht und hält es nicht für zweckmäßig inzwischen für Preußen eine Veränderung der Zustände eintreten zu lassen, weil die Sache für das ganze Reich geordnet werden soll. — Hr. Rasch meint, weil die Steuer nur in Preußen, nicht im ganzen Reich bestünde, könne sie sehr wohl in Preußen aufgehoben werden, ohne der Reichsgesetzgebung Schwierigkeiten zu machen.

Die Gesetzwirkung betr. die Abänderung des § 125 der hannoverschen bürgerlichen Prozessordnung, betr. den Beginn der Gesetzeskraft der durch die Gesetzesammlung verkündigten Gesetze, betr. die Veränderung des Kostenpauschals in Streitfachen der Armenverbände, betr. Erhöhung der Erhebungsgebühr für die Einkommensteuer und betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein u. s. w. werden ohne Debatte genehmigt. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung am 16. Dezember.  
(Schluß.) Es folgen Wahlprüfungen. — Der Bericht über die Wahlen im 7. Doppelwahlbezirk (Abg. Doms und Graf Arco in Rastdorf) giebt dem Abg. Graf Wisingerode Veranlassung, sich gegen den von der Abtheilung gefassten Beschluß auszusprechen, der dahin geht, die ausdrückliche Willigung der Benutzung amtlicher Publicationsorgane zu Wahlbeeinflussungsartikeln, wie dies in Rastdorf vorgekommen, auszusprechen. Es sei unter den obwaltenden Verhältnissen für die Regierung notwendig, auch ihre Ansicht zur Kenntniß der Bevölkerung zu bringen. — Abg. Windthorst (Weppen): Es ist ein unerhörtes Verfahren, wenn ein Abgeordneter die Regierung, welche versprochen hat, unparteiisch und gerecht in dem Wahlkampfe zu sein, zu dem Gegentheil auffordert. (Sehr wahr! im Centrum. Widerspruch im übrigen Hause.) — Abg. Kette: Eine Partei, die ihren Schwerpunkt außer dem Lande habe, könne nicht beanspruchen, mit demselben Maße gemessen zu werden, wie andere politische Parteien. (Unruhe im Centrum. Allseitiger Widerspruch.) — Abg. Windthorst (Weppen): Ich freue mich, daß so deutlich im Hause proclamirt worden ist, wir verdienen nicht, mit demselben Maße der Gerechtigkeit wie andere Parteien gemessen zu werden. (Pfeil im Centrum. Widerspruch links.) Dem sage ich nichts weiter zu, indem ich jedem Manne im Lande überlasse, zu urtheilen, was bei solchem Zustande herauskommen kann. (Beifall im Centrum.) — Abg. Kette: Der Vorebner hatte so eben eine billige Gelegenheit, um eine Proclamation in das Land zu schicken, seine Partei dürfte nicht mit dem Maße der Gerechtigkeit gemessen werden. Ich protestire dagegen und bemerke, daß der Vorebner den Anspruch eines Abgeordneten erst so construirt und dann einem großen Theil des Hauses beigelegt hat. (Widerspruch im Centrum. Sehr wahr! links.) Die Proclamation ist eine gemachte und keine den Thatfachen entsprechende. (Beifall links. Auf aus dem Centrum: Herr Kette construirt.) — Abg. Windthorst (Weissenfeld) erklärt eine Wahlbeeinflussung durch die Regierungsgesetze für unverträglich mit den constitutionellen Freiheiten. Deshalb halte er für angemessen, daß das Haus dieses anspreche und er bringe deshalb den zum Theil bekämpften Beschluß der Abtheilung als eigenen Antrag in das Haus ein. — Abg. Dr. Friedenthal: Wie auch der Abg. Kette seine Aeußerung gemeint haben möge, jedenfalls hat sie mißverstanden werden können und war nur der Ausdruck der Meinung des Herrn Kette, nicht der freiconservativen Fraction, der er angehört. Im Namen meiner politischen Freunde halte ich es für Pflicht zu constatiren, daß wir keinen andern Maßstab für die Behandlung irgend einer Fraction dieses Hauses kennen, als den absoluten und gleichmäßigen Gerechtigkeit. — Abg. Windthorst (Weppen) beantragt namentlich Abstimmung über den Antrag seines Neffen, der mit 296 gegen 31 Stimmen angenommen wird. (Drei Abgeordnete, darunter Graf Wisingerode, enthalten sich der Abstimmung.)

Die Wahl des Abg. Warburg zu Altona, der nur eine Stimme über die absolute Majorität erhalten hat, wird, da die Wahl von 26 Wahlmännern kassirt werden soll, von der 1. Abtheilung für ungültig erklärt. Die bedeutliche Ausdehnung, welche das Wahlprüfungsgericht genommen hat und fernerhin zu nehmen droht, giebt dem Abg. Kette Anlaß zu der Bemerkung, daß die Geschäfte des Hauses nothwendig leiden müssen, wenn es die Legitimation seiner Mitglieder anders als in Form einer Revision der Wahlacten feststellen will und sich dazu verleiten läßt, als höhere Instanz die Legitimation jedes einzelnen Wahlactes in allen seinen Theilen zu untersuchen. — Mit großer Majorität beschließt das Haus im Widerspruch zur Abtheilung auf den Antrag des Abg. Kette (Berlin) die Wahl des Abg. Warburg nicht zu cassiren, sondern nur zu beanstanden und den Minister des Innern aufzufordern, die nöthigen amtlichen Ermittlungen bezüglich der im Protest angeführten incorr. cten Thatfachen erheben zu lassen. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Deutschland.

△ Berlin, 17. Dez. Der preuss. Justizminister Dr. Leonhardt und der Minister des Rgl. Hauses Hr. v. Schleinitz haben sich nach Dresden begeben, um dort nach dem bestehenden Verkommen die für die Archive bestimmten Protocollen über das Ableben der Königin-Witwe aufzunehmen. Der Justizminister kehrt heute hierher zurück. — Ueber die Klagen, welche kürzlich vielfach über unzureichende Gewährung von Unterstellungen an die durch die Sturmfluth an der Ostküste im November v. J. Verunglückten laut wurden, kann ich aus zuverlässiger Quelle folgendes berichten: Die Hilfseileitung aus den vorhandenen überaus reichlichen Mitteln, wie sie theils durch die Privatthätigkeit eingebracht, theils vom Staate gewährt wurden, erstreckte sich zunächst auf die überaus große Zahl kleiner Leute, welche um ihr Hab und Gut gekommen waren und fast hilflos dastanden. Erst später wurden Wohlhabendere berücksichtigt, während man die Staatsmittel zu öffentlichen Bauten, Herstellung der Schutzwägen u. verwandte und zwar in einem Umfange, daß die Spuren der Zerstörung fast ganz verwischt und die Vertheilungsmasse, welche durch die Sturmfluth entstanden waren, beseitigt sind. Nach dieser Richtung hin erscheinen alle Klagen gegenstandslos. Nun sind vor etwa acht Wochen seitens einer Anzahl großer Gewerbetreibender, Riegeleisiger, Holzhändler, Landwirthe beträchtliche Summen gefordert worden und über diese Liquidationen ist man in eine sehr eingehende und genaue Prüfung eingetreten und zwar bezüglich des Umfanges und der Form der Gewährung (also ob als Darlehn, Unterstützung u. s. w.) sowie über den directen Zusammenhang der jetzt angemeldeten Forderungen mit den Folgen der Sturmfluth. Dies Prüfungsgeschäft hat sich namentlich dadurch verzögert, daß die Nachweise aus Straßburg noch nicht zur Stelle waren, die Sache wird aber nunmehr in den allernächsten Tagen entschieden werden. — Heute sind die Verhandlungen vollständig abgeschlossen worden, welche sich auf die Anleihe der Stadt Berlin bei dem Reichsinvalidenfonds zum Ankauf der englischen Wasserleitungswerke beziehen. Die Anleihe von 10 Mill. R. wird am 1. Januar l. J. zum Paricurse mit 4% aufgenommen und in London aus den bei der dortigen Bank deponirten Beständen der Reichskasse gezahlt. Es erwächst der Stadt durch den damit fortfallenden Transport des Geldes, der nach ungefährender Rechnung 6 Eisenbahnzüge erfordert haben würde, immerhin eine ansehnliche Ersparniß. Uebrigens haben sich seit der Minister des Innern und des Handels damit einverstanden erklärt, daß die Stadt die englischen Wasserwerke nicht mit dem unter dem damaligen Polizeipräsidenten von Hindelsberg abgeschlossenen Vertrage zu übernehmen, sondern nur den ihnen obliegenden Allgemeinen Verpflichtungen für die Hebung des Gesundheitszustandes der Stadt durch Herabgabe des erforderlichen Wassers zu entsprechen braucht.

— Der Kaiser hat dem Rabbiner-Seminar für das orthodoxe Judenthum in Berlin die Rechte einer juristischen Person verliehen.  
Kudolstadt, 15. Dez. Der Landtag ist plötzlich beschlußfähig geworden, weil die Hälfte der Abgeordneten ihr Mandat niedergelegt haben. Persönliche Differenzen waren die Veranlassung. Abg. Neumann hatte sieben Abgeordnete summarisch beleitigt, ohne dafür vom Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden. Daher der Staatsreich der summarischen Mandatsniederlegung. 14 Mitglieder hat der ganze Landtag nur.

## Oesterreich-Ungarn.

Troppau, 15. Dez. Heute Vormittag fand ein Arbeiter-Krawall hiesiger Arbeiter gegen preussische Kette, welche Letztere als bessere und nützliche Arbeiter gesucht sind. Durch die Energie der Polizei wurde der Krawall im Entstehen erstickt. Die Rädelsführer wurden arreirt. Es erebieten zusammen über fünfzig Arbeiter, meist Maurer und Handlanger.

## Frankreich.

Paris, 14. Dez. Der Präfect der Haute-Savoie hat den Straßenverkauf des Journals „La Rone“ verboten, weil dieses Blatt „den Patriotismus und die Anhänglichkeit der beiden Departements Savoyen und Hochsavoyen an Frankreich verleumdet hat“ und weil es einen Artikel einer deutschen Zeitung wiedergegeben und commentirt hat. In Savoyen geschehen noch seltsamere Dinge. Mar-

quis de Fourmes, Präfect von Chambéry, hat an die Maires seines Departements ein Rundschreiben erlassen, worin er sie auffordert, der Messe und den feierlichen Gebeten um Segen für die Arbeiten der National-Verammlung beizuwohnen. Es heißt darin: „Sie wollen alle constituirten Körperschaften und alle Beamten, welche Ihnen unterstellt sind, officiel berufen, Sie zu begleiten und dabei ihre Amtstracht anzulegen. Dieser Befehl ist keineswegs facultativ, die Feierlichkeit ist obligatorisch.“ So werden die braven Savoyarden also in die Messe commandirt! Diese clericalen Placereien werden die Stimmung im Lande nur noch verschlimmern. Man sieht nach einer Seite die freie Schweiz und nach der anderen das constitutionelle Italien, und wenn man dann die heimischen Zustände betrachtet, so wird der Unterschied auch dem einfältigen Bauer klar. Man hat bei der Verbindung mit Frankreich nichts gewonnen als erhöhte Steuern, den Tribut des Blutes im letzten Kriege und jetzt die Bedrückung clericaler Präfecten.

Paris, 15. Dez. Der Ausfall der gestrigen Erzwahlen hat in parlamentarischen Kreisen große Sensation erregt. Daß sogar in der Bretagne der radikale Candidat den conservativen mit großer Majorität besiegte, ist unerhört, läßt sich aber daraus erklären, daß der conservative Candidat als der Regierung Mac Mahons durchaus ergeben aufgetreten ist, weshalb der größte Theil der Legitimisten sich der Abstimmung enthielt. Bemerkenswerth ist, daß die Republikaner gestern seit dem Jahre 1871 zum zwölften Male bei den Erzwahlungen siegten. Heute Abend sprechen alle conservativen Blätter die Nothwendigkeit aus, ohne weiteren Beirath ein neues Wahlgesetz zu Stande zu bringen. (N. B.)

## Danzig, den 18. Dezember.

\* Der Zug, welcher die Personen und Posten vom Tagescourierzuge hierher befördern und um 6 Uhr 47 Min. hier eintreffen soll — was übrigens fast nie der Fall ist — ist gestern Abend nach hier eingegangener telegraphischer Meldung zwischen Hohensien und Praust verunglückt, wie es scheint, glücklicherweise nicht erheblich. Es soll nur ein Wagen ausgefallen sein; doch scheint die Strecke für kurze Zeit unpassierbar geworden zu sein, da der Zug bis zum Schlusse des Abends nicht eingetroffen war. Der Courierzug, in dem sich auch Feldmarschall v. Manteuffel befand, fuhr erst gegen 8 Uhr hier ab, in der Hoffnung, noch den Anschluß in Dirschau zu erreichen, wenn das Geleise nicht erheblich beschädigt sein sollte.

\* Das Generalpostamt macht bekannt, daß die bereits jetzt eingeführten Post-Padets abends vom 1. Januar l. J. ab für sämtliche gewöhnlichen und recommandirten Padets, sowie für Padets mit Werthangabe obligatorisch werden. Von diesen Padets abends müssen bei jeder Sendung zwei mit gleichlautender Ausfüllung benutzt werden; die eine wird auf das Padet gelegt, die andere (eventuell mit der Franco-marke versehen) als Begleitkarte aufgegeben. Briefe dürfen in das Padet gelegt werden nur bei Verbindungen innerhalb Deutschlands, sowie auch Oesterreich-Ungarn. Der Coupon der Post-Padets darf nur für brieflichen Mittheilungen im Verkehr innerhalb Deutschlands, sowie nach Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Norwegen, Schweden, Dänemark und Belgien verwendet werden; bei Padets abends nach anderen Ländern ist nur die Angabe des Namens und Wohnorts des Abenders gestattet. — Die Padets abends sind von jeder Postanstalt zum Preise von 3 Pfennigen für 5 Stüd zu beziehen.

\* In der Generalversammlung des Kaufmännischen Vereins am 16. d. wurden in den Vorstand wieder resp. neu gewählt: die Herren R. Bloch zum Vorsitzenden, Schröder, dessen Stellvertreter, Arndt Schammeister, Weiß, Schriftführer, Fehlaue Stellvertreter, derselben, Kämmerer Bibliothekar, Moritz, dessen Stellvertreter, Homis, Ordner des Locals, Lohrenz Ordner der Vergütungen. Für das Unterstützungsgesetz wurden ernannt die Herren: Behrs, Bloch jun., Bödler, Fürst, Gebrille, Kolberg, Krens, Kinschlich, Sirost, Voigt jun., Walter und Zander.

Vertichtigung. In der dem „Westpr. Volksblatt“ entnommenen Provinzialnotiz über die Erhebung der Gehälter der hiesigen Rangleitenden in letzter Nummer unserer Zeitung muß der Anfang heißen: Der Bischof in Pöplin.

§ Statut, 16. Dez. Seit einigen Jahren schon war es das Bestreben der hiesigen städtischen Behörden, die vier bestehenden, confessionell getrennten Schulen, als: die siebenklassige geistliche Stadtschule, welche besonders von den Kindern der evangelischen und jüdischen Bewohner besucht wurde, und die zweiklassige katholische Elementarschule zu einer Simultananstalt zu vereinigen. Allein am dem Widerstande der katholischen Eltern und auch an der geringen Neigung der oberen Verwaltungsbehörden scheiterte bisher immer die Verwirklichung dieses Projects. Im Laufe dieses Jahres nun traten Momente ein, welche den Magistrat im Einverständniß mit der Schuldeputation veranlaßten, dieselbe bei der Regierung von Neuem vorstellig zu werden. Die Gebäude nämlich, in welchen die katholischen Klassen untergebracht waren in hohem Grade der Gesundheit gefährlich. Da nun in dem neubauten, sogenannten evangelischen Schulhause genügend Räumlichkeiten vorhanden waren, die größtentheils unbenutzt blieben, so erfolgte die Ueberfiedelung der katholischen Schule in dasselbe. Somit war bereits eine äußerliche Vereinigung erzielt. Dieses führte aber bei Handhabung der Disciplin auf dem gemeinsamen Turn- und Spielplatz zu mannigfachen Differenzen unter den beaufsichtigenden Lehrern. Wohl war dem Rector der Stadtschule die Oberaufsicht von der Schuldeputation übertragen und den katholischen Lehrern die Weisung geworden, dessen Anordnungen pünktlich Folge zu leisten, doch wollten dieselben dieses nicht anerkennen, weshalb sie auch die Unterzeichnung des ihnen hierüber insinuirten Schriftstücks verweigerten. Ob auch die Schüler dieses Verhältniß gekannt, wissen wir zwar nicht, aber es kam vor, daß ein kath. Knabe,

der vom Rector wegen Ungehorsams zuerst gemessen und bestraft wurde, gegen diesen drohend einen Stein erhob. Nunmehr zögerten die städtischen Behörden keinen Augenblick, der Regierung dieses Mißverhältniß mitzutheilen und sie abersmals zu bitten, die Zusammenlegung der beiden Schulen zu einer Simultananstalt zu genehmigen. Dieser Tage ist nun hierauf die Einwilligung erfolgt, und zwar jedenfalls zum Wohle derer, welche bisher mit aller Macht dagegen gekämpft haben. — Um einem vielfach sich geltend gemachten Bedürfnisse abzuhelfen und eine directe Verbindung von hier nach Bromberg herzustellen, hat die Eisenbahn-Commission in Berlin sich bereit erklärt, vom 1. d. Mts. ab verkehrsweg die Güterzüge No. 15 und 16 als gemischte Züge mit Personenbeförderung einzurichten. — Die Postverhältnisse auf dem Bahnhofe, der über eine Fünftel Meile von der Stadt entfernt liegt, sind noch immer so mifflig, wie früher. Diejenigen Personen, welche also mit der Post nach Bandburg, Koblenz und Eppendorf u. reliren wollen, müssen erst in die Stadt fahren und kommen dann wieder auf derselben Tour zurück.

\* Die Ultramontanen des Wahlkreises Flatow-Schlöchau haben den Barrer Wollschläger in Eppendorf zum Reichstagscandidaten aufgestellt.

△ Schwes, 16. Dez. Einer Nachweisung, der aus der Staatskasse für Schulzwecke im hiesigen Kreise pro 1873 gezahlten Zuschüsse, entnehmen wir folgendes: Im Ganzen haben 101 Schulverbände und die beiden Städte Schwes und Neuenburg Zuschüsse in Höhe von 5931 R 10 S 7 A erhalten. Diese für die betreffenden Lehrstellen gezahlten Zuschüsse bestehen in Patronatsbeiträgen; in Beihilfen an Gemeinden; in Gehaltszulagen an Lehrer; in persönlichen Zulagen an Lehrer und endlich in Alterszulagen an Lehrer. Welcher Modus der Vertheilung der persönlichen und der sogenannten Alterszulagen zu Grunde lag, ist aus der qu. Nachweisung nicht ersichtlich. Während einzelne Lehrer, die über 40 Jahre im Amte sind, nur eine persönliche Zulage von 30 R. erhalten, denselben aber nach den bestehenden Bestimmungen eine Alterszulage von 40 R. zutram, haben andere neben persönlichen auch noch Alterszulagen von 20 — 40 R. bewilligt erhalten. Einzelne sind ganz übergegangen worden, während wieder anderen Zulagen zugewendet wurden, die ihrer Dienstzeit nach nicht darauf rechnen konnten. Ein einheitliches Verfahren scheint hierbei nicht angewendet, dagegen mehr lokalen Verhältnissen Rechnung getragen zu sein.

## Bermisactes.

Berlin. Am Freitag wurde die Leiche eines unbekanten ermordeten Mannes aufgefunden. Am Sonnabend wurde auf die Gemüthsänderin Walter in deren Wohnung ein raubmörderischer Anfall gemacht, in Folge dessen sie in Lebensgefahr schwabte; ihrem, auf ihren Hüften herbeieilenden Sohn gelang es nach hartnäckigem Widerstande den Thäter festzuhalten. Sonntag Nachmittag wurde die Handelsfrau Springer in ihrer in der Strubbergstraße 2 Treppen hoch gelegenen Wohnung ermordet; 300 Rth. bares Geld und sämtliche Goldsachen waren geraubt. Auch hier sind zwei des Mordes verdächtige Männer verhaftet.

Am 5. d. M. ist in Aquna um 11 Uhr früh die Grust Petrarca's in Gegenwart mehrerer Deputationen und Professoren italienischer Universitäten geöffnet worden. Die Leiche, welche vor 499 Jahren in diese Grust gelegt wurde, befand sich in einem vollen Sarge, so daß die Fruchtigkeit dieselbe sehr angegriffen hatte. Die Eröffnung der Grust wurde von den Behörden auf Wunsch der Academie von Bologna zum Zweck anthropologischer Studien gestattet. Von den dazu berufenen Professoren sieht man nun den betreffenden Berichten entgegen.

London, 13. Dez. Der Rebel hat zur Freude aller Londoner uns heute verlassen, obwohl die Atmosphäre auch jetzt noch sehr schwer ist und von der Sonne nichts gesehen wird. Opfer hat er genug gekostet, und in den Docks nördlich der Themse allein haben vierzehn Personen ihren Tod gefunden. Eine genauere Uebersicht über die Unfälle während der drei Rebelltage wird erst nach einigen Tagen möglich werden, aber auch dann wird vieles sich der öffentlichen Kunde entziehen.

## Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin 17. Dezember. Angekommen 8 Uhr Abends.

Wochen	85 1/2	85 1/2	Dr. Staatsb. d. d. 1/2	92	92
December	85 1/2	85 1/2	Dr. 3 1/2 %	80 1/2	60 1/2
Januar	86	86 1/2	do. 4 %	90 1/2	90 1/2
Febr.	85	85 1/2	do. 5 %	104 1/2	104 1/2
März	63 1/2	63 1/2	Danz. Bankverein	60 1/2	60 1/2
April	63	63	Kombanbank	99 1/2	99
Mai	62 1/2	62 1/2	Frankenb.	199	199
Juni			Rumänien	32 1/2	32
Jul.			Neuf. d. d. 1/2	92	92
Aug.			Oester. Creditanst.	137 1/2	137 1/2
Sept.			Fürten (9%)	44 1/2	44 1/2
Oct.			Oest. Silberrente	65 1/2	65 1/2
Nov.			Russ. Banknoten	81 1/2	81 1/2
Dez.			Oest. Banknoten	88 1/2	88 1/2
Br. 4 1/2 % conf.	105 1/2	105 1/2	Wachf. d. d. 1/2	6.21 1/2	6.21 1/2

Fondsliste: Schluss befehlend.  
Nachbörse: Destr. Creditanst. 138. Franzosen 199 1/2. Lombarden 99 1/2.

## Meteorologische Depesche vom 17. Decbr.

Barom.	Tem. d. Wind.	Stärke.	Himmelszust.
331.5	+ 4.0 NW	stark	besser.
324.5	+ 2.7 W	stark	bedeckt, Regen.
326.3	+ 3.8 NW	stark	Sturm bezogen.
329.5	+ 4.8 NW	stark	bedeckt.
337.7	+ 6.7 W	stark	bedeckt.
330.5	+ 5.8 W	stark	bedeckt.
338.3	+ 5.6 SW	stark	bedeckt.
337.0	+ 2.9 NW	stark	bedeckt.
333.5	+ 5.6 NW	stark	bedeckt.
333.8	+ 2.7 S	stark	bedeckt.



**Dignon-Album** (Preis 12 *Gr.*), zu Weihnachtsgeschenken sehr empfehlenswerth, erschien zu eben und zu haben bei **Th. Vertling**, Berbergasse No. 2. (2871)

---

Redaction, Druck und Verlag von  
**H. W. Sauermann in Danzig.**